

**Kommentar Wirtschaftspolitik**  
2013/05 | 19. Februar 2013

## Going for Growth 2013: An Reformen führt kein Weg vorbei

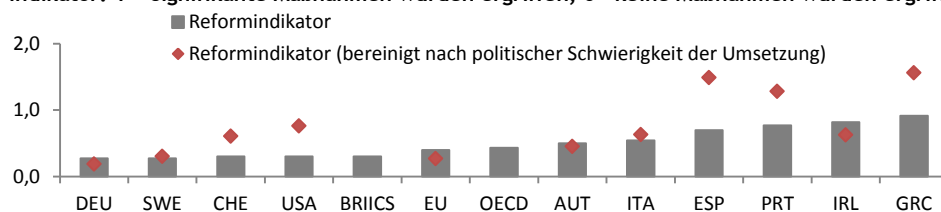
Die OECD berichtet in ihrem Bericht „Going for Growth“ jährlich über die Entwicklung der Strukturpolitik in den OECD-Ländern. Aus Sicht der Wirtschaftspolitik ist die Beurteilung der OECD für Österreich überwiegend positiv ausgefallen. In Summe werden Fortschritte in den Bereichen der Frühpensionen und der tertiären Ausbildung identifiziert. Diese reichen jedoch nicht aus und so werden weitere Empfehlungen für Reformen in diesen Bereichen ausgesprochen, die als prioritär für die Sicherung eines nachhaltigen Wachstums angesehen werden.

In dem *Going for Growth* Bericht analysiert die OECD jährlich die Fortschritte der Länder und spricht Empfehlungen in den Bereichen Produkt- und Arbeitsmärkte, Bildung und Ausbildung, Steuer- und Transfersysteme, Handels- und Investitionsregeln und Innovationspolitik aus.

Für die Analyse berechnet die OECD einen Indikator, der die Umsetzung der Empfehlungen in den vergangenen *Going for Growth* Berichten in den OECD-Ländern misst. Insgesamt wurden in den OECD-Ländern die größten Fortschritte seit Beginn des *Going for Growth* Prozesses im Jahr 2005 erzielt. Neben der insgesamten Bewertung der Reformfreudigkeit wird auch ein „bereinigter Indikator“ berechnet, der dem Umstand Rechnung trägt, dass Reformen in einigen Bereichen (z.B. Kündigungsschutz und Lohnbildung) politisch schwer umzusetzen sind als z.B. Reformen im Bereich Infrastruktur und Innovation.

**Reformindikator: Umsetzung der in *Going for Growth* empfohlenen Reformen 2011-12**

Indikator: 1 = signifikante Maßnahmen wurden ergriffen, 0= keine Maßnahmen wurden ergriffen



Quelle: OECD, *Going for Growth* 2013

Die OECD kommt zum Schluss, dass das Reformtempo in den Peripherieländern, die an Finanzhilfeprogrammen teilnehmen bzw. unter direktem Druck der Finanzmärkte standen, besonders hoch war. In Spanien, Portugal und Griechenland unterlagen selbst tendenziell sensible Bereiche wie Arbeitsrecht und Sozialsystem einem Reformprozess. Damit wurden mehr Reformen umgesetzt als in den *Going for Growth* Bereichen der Vergangenheit enthalten waren. Die Umsetzung der Reformen wird als äußerst positiv in Hinblick auf eine erhoffte Verringerung der Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums eingestuft. Darüber hinaus gelten Reformen als wichtiger Indikator für Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte und Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit.

Ein verhaltenes Reformtempo wiesen Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen und den höchsten Lebensstandards (z.B. Norwegen, Schweiz und USA) auf. Die OECD empfiehlt Maßnahmen in jenen Bereichen, die wichtig und notwendig für die Balance innerhalb des Euroraums sind. Auch den BRIICS-Ländern attestiert die OECD ein gemäßigeres Reformtempo, dies resultiert zum Teil aus dem geringeren krisenbedingten Reformdruck. Fortschritte zeigten sich beim Rückgang der staatlichen Kontrolle im Unternehmenssektor, der Erhöhung

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik  
Leitung: Dr. Christoph Schneider  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
wko.at/wp  
wp@wko.at

**AutorInnen:**  
MMag. Claudia Huber  
Mag. Robert Koza  
+43 (0)5 90 900-4243  
[claudia.huber@wko.at](mailto:claudia.huber@wko.at)  
[robert.koza@wko.at](mailto:robert.koza@wko.at)

der Transparenz der Produktmarktregulierung und der Stärkung der Grundbildungssysteme.

Österreich liegt bei der Umsetzung der *Going for Growth* Empfehlungen im internationalen Vergleich sogar leicht über dem EU- und OECD-Schnitt. Die OECD identifiziert Verbesserungen in der Erwerbsbeteiligung älterer ArbeitnehmerInnen, diese wurden jedoch zum Teil durch einen zyklisch bedingten Rückgang in der durchschnittlichen Arbeitszeit wettgemacht. Auch im Bereich der Frühpensionen seien Fortschritte erfolgt, weniger Fortschritte hingegen werden im Bereich der Steuern auf Arbeitseinkommen und dem Wettbewerb im Dienstleistungssektor gesehen. Die wichtigsten Empfehlungen der OECD für nachhaltiges Wachstum in Österreich stimmen mit den zentralen Forderungen der WKÖ aus der Agenda 2013 und dem mittelfristigen Programm Zukunft:Wirtschaft überein.

Die WKÖ begrüßt die Empfehlung der OECD einer Reduzierung **der Anreize eines frühzeitigen Ausstiegs aus der Erwerbstätigkeit** und fordert die Angleichung des faktischen und gesetzlichen Pensionsalters durch Schaffung von Anreizen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben. Die Fluchtwege in die Pension müssen geschlossen werden und weitere Initiativen zur nachhaltigen Finanzierung der Pensionen eingeführt werden.

Im Bereich der Bildung empfiehlt die OECD eine **Erhöhung der Akademikerquote** und **Zugang zu (höherer) Bildung von MigrantInnen**. Konkreter fordert die WKÖ vermehrt AkademikerInnen in MINT-Fächern. Ein besonderes Anliegen der Wirtschaft ist es, die berufliche Bildung auf Hochschulebene durch Berufsakademien zu ergänzen. Ein Vorschlag der WKÖ zur Ausgestaltung der Berufsakademien liegt bereits vor. Hinsichtlich der Inklusion der MigrantInnen in das Bildungssystem fordert die WKÖ in der Agenda 2013, die Chancengleichheit vor Schuleintritt durch vorschulische Bildung zu forcieren, insbesondere durch gezielte Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund, um einen erfolgreichen Einstieg in die Schullaufbahn zu ermöglichen. Ebenfalls sollen laut WKÖ die Überprüfung der Mindeststandards in den Kernfächern - spätestens in der 8. Schulstufe für jeden Jahrgang - ausgebaut werden. Die Möglichkeit von bedarfsorientierten individuellen Fördermaßnahmen, wenn Mindeststandards nicht erreicht werden, wird empfohlen. Zur Finanzierung der tertiären Ausbildung wird die Wieder-einführung von Studiengebühren begrüßt in Verbindung mit einem persönlichen Bildungskonto. Dadurch soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die es Banken und Versicherungen ermöglicht, Bildungs-konten anzubieten, mit Hilfe derer individuell angesparte Mittel mit einem staatlichen Zuschuss prämiert werden.

Die OECD-Empfehlung nach **mehr Wettbewerb in den Netzwerkindustrien** entspricht der WKÖ-Forderung nach mehr Wettbewerb, insbesondere im Elektrizitätsbereich und mehr ernsthaftere Liberalisierung im Postsektor. Die von der OECD empfohlene **Intensivierung des Wettbewerbs bei freien Berufen und im Einzelhandel** wird auch von der WKÖ seit langem in Form einer Gründung von interdisziplinären Gesellschaften zwischen Gewerbetreibenden und freien Berufen sowie einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Gewerberechts zur Eröffnung neuer Geschäftschancen für Gewerbetreibende gefordert.

Eine klare Absage erteilt die Wirtschaft der empfohlenen **Ausweitung der Steuerbemessungsgrundlage**. Die Wirtschaft spricht sich klar gegen neue Steuern aus, da Österreich im europäischen Vergleich ohnehin schon über eine der höchsten Steuer- und Abgaben-belastungen verfügt. Aus Sicht der Wirtschaft zu begrüßen seien jedoch Anreize dafür, dass geringer Qualifizierte leichter in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Insgesamt ist die Wirtschaft mit dem Zeugnis der OECD sehr zufrieden und sieht sich in ihrer Anstrengung der Einforderung von Reformen in den Bereichen Pensionen und Bildung bestätigt.

Wirtschaftskammer Österreich  
Vertretungsbefugtes Organ:  
Präsident Dr. Christoph Leitl  
Tätigkeitsbereich: Information,  
Beratung und Unterstützung der  
Mitglieder als gesetzliche  
Interessenvertretung.  
Blattlinie: Die Kommentare  
Wirtschaftspolitik informieren  
regelmäßig über aktuelle  
wirtschaftspolitische  
Themenstellungen.  
Chefredaktion:  
Dr. Christoph Schneider  
Druck: Eigenvervielfältigung  
Erscheinungsort Wien  
Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung)